

DEMOKRATIE-KONGRESS 2014

ERGEBNISSE UND IMPRESSIONEN



Schrumpft die
DEMOKRATIE?

Wie der demografische Wandel
unsere Zukunft verändert

5. Demokratie-Kongress | 21.11.2014 | Bonn



EDITORIAL



Das Spannungsverhältnis von Demografie und Demokratie zog sich den ganzen Tag wie ein roter Faden durch Diskussionen, Vorträge und Präsentationen des Kongresses.

Es boten sich viele Möglichkeiten, sich einzubringen und mitzudiskutieren. Sei es in Form unserer digitalen TED-Befragung, in den Diskussionsrunden mit unseren beiden Hauptrednern Innenminister Dr. Thomas de Maizière MdB und Armin Laschet MdL, in den Foren oder während der Nachspielzeit. Es war ein lebhafter, intensiver Austausch.

Deutlich wurde, wie wichtig es gerade bei dieser Thematik ist, zu differenzieren und sich von alten Denkmustern zu verabschieden. Unsere Demokratie wird älter, bunter, vielfältiger, weniger. Nicht nur die Bürgerinnen und Bürger verändern sich, Deutschland verändert sich, verändert seine Gestalt. Wir haben immer wieder die Frage gestellt, was beutet das für die Politik, für die Gesellschaft, für die Politische Bildung.

Ich möchte Ihnen ein paar Stichpunkte des Kongresses nennen, die besonders auffällig waren:

- Stark diskutiert wurde das Thema Engagement. Dabei ging es insbesondere um das Engagement ältere Menschen nach Renteneintritt, aber auch um die Motivation junger Bürgerinnen und Bürger sich zu beteiligen. Es wurde über strukturelle Voraussetzungen gesprochen, über die Attraktivität von Mitgliedschaften in Parteien oder anderen Großorganisationen und darüber, dass es viele Engagementformen gibt, die nicht unbedingt als solche wahrgenommen werden. Tatsächlich leisten aber gerade jüngere Menschen einen großen Beitrag zum Gemeinwohl, ohne es als gesellschaftspolitisches Engagement zu definieren.
- Eine weitere wichtige Erkenntnis war, dass die repräsentative Demokratie das beste Instrument ist, um sicherzustellen, dass nicht Minderheiten Mehrheiten regieren, sondern dass alle Interessen, auch zukunftsorientiert, vertreten werden. Der Sorge, ob zukünftig Politik zu Lasten der jüngeren Generationen gemacht wird, wurde in vielen Diskussionen entgegen gehalten, dass gerade Eltern und Großeltern auch immer einen starken Fokus auf die Interessen der Nachkommen legen.

- Immer wieder wurde über die Rolle von Vorbildern und positiven Bildern gesprochen. Vorbilder, die uns zur Beteiligung motivieren oder Bilder in unseren Köpfen, die ein Abbild unserer Gesellschaft widerspiegeln – z. B. die (bewusste) Wahrnehmung von Familien mit kleinen Kindern oder von barrierefreien Städten, die eben nicht nur für ältere Generationen, sondern für alle attraktiv sind. Klar wurde: Es geht darum, Bilder zu verwenden, die Chancen transportieren.

- Ein weiteres großes Thema war die Digitalisierung. Hier bieten sich Möglichkeiten infrastrukturelle Defizite auszugleichen und sie kann als Motor für politische Bildung dienen.

- In Bezug auf die Politische Bildung zeigte sich, dass nicht nur die Frage des Nachwuchts und deren Ausbildung für die demnächst in Rente gehende Generation von Politischen Bildnern und Lehrern diskutiert werden muss, sondern insbesondere die Entwicklung und Förderung einer gemeinsamen Vorstellung von Demokratie in diesem bunter und vielfältiger werden Deutschland. Auch sind Förderrichtlinien den gesellschaftlichen Gegebenheiten anzupassen.

Mit dem Demokratie-Kongress hat die Konrad-Adenauer-Stiftung versucht, einen Anstoß zu geben, in Diskussionen über das Thema „Demografischer Wandel“ die Auswirkungen auf unsere Demokratie mit zu denken. Dies sollte nicht in einer Gegeneinanderstellung der jüngeren und der älteren Generation geschehen. Denn der Kongress hat gezeigt, dass für alle eine Chance in dem Thema liegt.

An dieser Stelle möchte ich allen danken, die zum Erfolg dieses Kongresses beigetragen haben: den Referenten, Moderatoren, Mitdiskutanten, Teilnehmern, Technikern und vor allem allen hinter den Kulissen Wirkenden, ohne die ein solcher Kongress nicht zu stemmen ist.

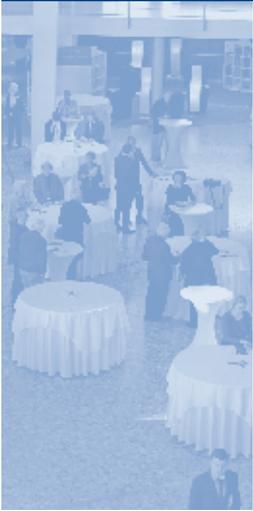
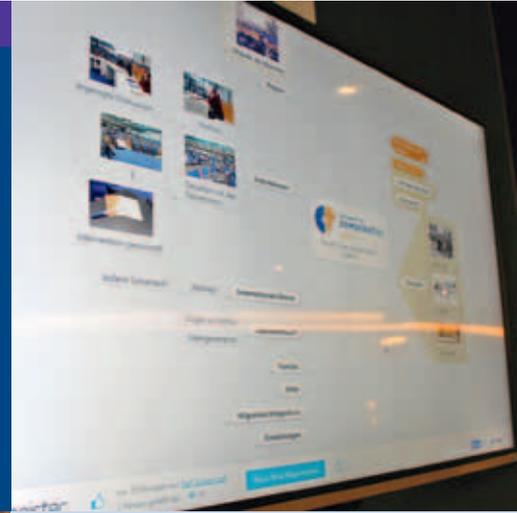
In diesem Magazin finden Sie Impressionen und Informationen rund um den Kongress. Wir hoffen dass es zum Weiterdenken inspiriert. Viel Freude beim Blättern und Lesen dieser Seiten.

M. Piepenschneider

Dr. Melanie Piepenschneider

Leiterin Politische Bildung der Konrad-Adenauer-Stiftung

TWITTER-NACHRICHTEN WÄHREND DES KONGRESSES



*#kasdk14 Nachspielzeit 15x15
Gespräche. Die Gäste stellen Fragen,
die Referenten antworten. @KAS_PB*



Lobenswert! #kasdk14 noch in vollem Gange und Heft schon fertig! Respekt!



Die komplette Kongresszeitung finden Sie unter www.kas.de/DeKo14_Berichterstattung



Die Redaktion des „SPIESSER“ bei der Arbeit. #kasdk14



Die Diskussion über Demografie verändert die Einstellung zum Thema positiv. #kasdk14 @AARPIntl #demografie



Im ehemaligen Plenarsaal spricht nun übrigens Bundesinnenminister Thomas de Maizière. #kasdk14



Vielen Dank @KASonline @KAS_PB für den Tag! Intelligente Vorträge, Podiumsdiskussionen, Publikumsfragen + hervorragende Organisation. #kasdk14

ERÖFFNUNG

SILKE MITTNACHT

Stipendiatin der Konrad-Adenauer-Stiftung, Studentin im Masterstudiengang Architektur und Stadtplanung an der Universität Stuttgart



„Ich darf Sie ganz herzlich willkommen heißen und freue mich sehr, heute vor Ihnen zum Thema Zukunft sprechen zu dürfen.“

Silke Mittnacht

„Wir brauchen Menschen, die uns als Vorbildfunktion dienen, die uns zeigen, dass es sich lohnt, aktiv zu werden, die uns motivieren und zeigen, dass man etwas erreichen und bewegen kann.“

Silke Mittnacht

„WIE ICH DIE ZUKUNFT SEHE“

STIPENDIATIN ERÖFFNET DEN DEMOKRATIE-KONGRESS

Zukunft besteht aus Sicht von Silke Mittnacht, der 24-jährigen Stipendiatin der Konrad-Adenauer-Stiftung, in erster Linie aus Wünschen, Hoffnungen und Träumen. Ein guter Studienabschluss, ein interessanter Beruf, eine Familie, Zeit für sich, zum Beispiel zum Reisen – eben ein glückliches Leben. Die meisten jungen Menschen wüssten, so Silke Mittnacht, dass sie dafür selbst Verantwortung trügen und so täten sie einiges dafür, sich diese Wünsche zu erfüllen.

Allerdings gäbe es auch Rahmenbedingungen, auf die junge Menschen wenig Einfluss nehmen könnten, wie beispielsweise auf den Faktor Zeit. Viele junge Menschen verspürten einen enormen Zeitdruck: In 12 Jahren zum Abitur, Bachelorabschluss nach 6 Semestern, dann noch schnell einen Masterstudiengang absolvieren, zwischendurch ein paar anspruchsvolle Praktika, Auslandserfahrung sammeln und ein bisschen ehrenamtliches Engagement. Anschließend sofort ins Berufsleben und Karriere machen. Zwischenzeitlich die Welt entdecken, sich selbst kennenlernen und eine eigene Meinung und gefestigte Persönlichkeit entwickeln – da würden junge Menschen schon mal an ihre Grenzen stoßen.

Am Ende entschieden sich viele für ein Engagement in Projekten, die einen persönlichen Nutzen entfalteten, z. B. für den Studienabschluss, den ersten Job oder für ein Thema, das direkt vor der eigenen Haustür stattfände. Das Gemeinwohl müsste zunächst zurückstecken. Den Grund dafür sieht Silke Mittnacht vor allem darin, dass in Deutschland das Leben an sich recht bequem sei. Es herrsche Frieden, die Demokratie sei gefestigt, warum also sollte man sich zwingend politisch einbringen? Darüber hinaus vermisst die Stipendiatin Vorbilder. Wobei sie selbst Eltern habe, die ihr Engagement und Ehrenamt vorgelebt hätten und Lehrer, die dazu ermunterten, sich eine eigene Meinung zu bilden und diese zu vertreten. Aber für die Zukunft wünscht sie sich mehr Vorbilder, sei es im Elternhaus, in der Schule oder auch in der Politik.

Sie finden den Vortrag von Silke Mittnacht als Text und Audiomittschnitt unter:

www.kas.de/DeKo14_Berichterstattung

SCHRUMPT DIE DEMOKRATIE?

WIE DER DEMOGRAFISCHE WANDEL UNSERE ZUKUNFT VERÄNDERT

Der Einfluss des demografischen Wandels auf die Demokratie findet laut Dr. Hans-Gert Pöttering in der aktuellen Diskussion wenig Berücksichtigung. Im Mittelpunkt stünden eher Aspekte wie Fachkräftemangel, Generationengerechtigkeit, Nachwuchsproblematik, Pflegenotstand oder Rentenpolitik. Dies seien selbstverständlich wichtige Themen. Seltener gehe es aber um die Auswirkungen auf die Demokratie, auf Wahlen, politische Einstellungen oder auf gesellschaftliches Engagement.

Für den Vorsitzenden der KAS stellte sich die Frage, was geschieht, wenn die Bevölkerung einer Demokratie schrumpft. Unwahrscheinlich sei, dass sie so sehr schwinde, dass im wahrsten Sinne des Wortes kein Staat mehr mit ihr zu machen sei. Doch schon ein geringer Bevölkerungsrückgang könne seiner Meinung nach Auswirkungen auf die Demokratie haben.

Wir leben in einer Demokratie, in der die Bevölkerung zunehmend älter, gleichzeitig in Bezug auf die älteren Menschen aber auch dynamischer werde, so Pöttering. Eine Demokratie, in der die Zahl der Menschen trotz Zuwanderung schrumpft, sie zugleich aber mit unterschiedlichen Lebensstilen, Kulturen und Religionen immer vielfältiger wird.

Die Alterung unserer Gesellschaft könne die Demokratie gefährden, sei es durch Konflikte um die Generationengerechtigkeit oder den Rückbau von Infrastruktur, ausgelöst durch die Landflucht, durch fehlende oder lückenhafte Altersversorgung oder Verteilungskonflikte. Laut Pöttering könne all das mittelbar Auswirkungen auf unsere Demokratie haben, und wir müssten einer möglichen Bedrohung ihrer Stabilität entgegenwirken. Doch nicht allein mittelbar, auch unmittelbar könne der demografische Wandel Auswirkungen auf die Demokratie haben und sie direkt betreffen.

Die Fragen des Demokratie-Kongresses richteten sich auf die Auswirkungen einer alternden, schrumpfenden und sich immer weiter ausdifferenzierenden Gesellschaft auf Politik, politische Meinungsfindung, auf Wahlen, die Gesellschaft, das Engagement von Bürgerinnen und Bürgern sowie auf die Politische Bildung.

Sie finden den Vortrag von Dr. Hans Gert Pöttering als Text und Audiomittschnitt unter:
www.kas.de/DeKo14_Berichterstattung

EINFÜHRUNG

DR. HANS-GERT PÖTTERING

*Präsident des Europäischen Parlaments
a.D., Vorsitzender der Konrad-Adenauer
Stiftung*



„Mit dem fünften Demokratie-Kongress begehrt die Konrad-Adenauer-Stiftung ein kleines Jubiläum. Dieser fünfte Demokratie-Kongress steht im Kontext des Themas ‚Demografie‘, ein Thema, das zu selten mit Demokratie in Verbindung gebracht wird.“

Dr. Hans-Gert Pöttering

„Selbstverständlich schrumpft nicht die Demokratie selbst, doch es stellt sich die Frage, was geschieht, wenn die Bevölkerung einer Demokratie schrumpft.“

Dr. Hans-Gert Pöttering

UMFRAGE

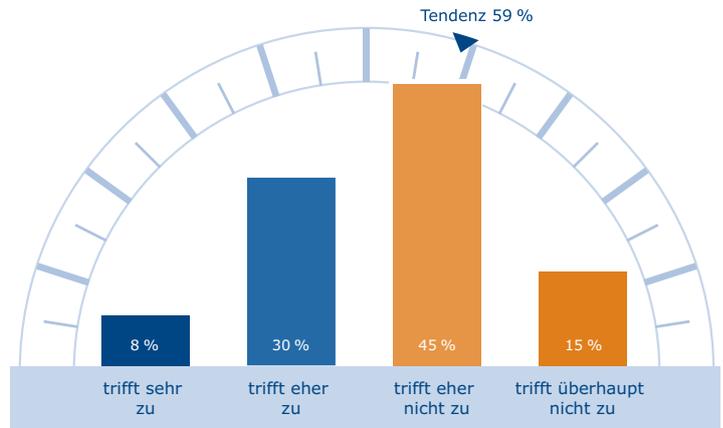
REPRÄSENTATIVE UMFRAGE IM VORFELD DES KONGRESSES

Im Auftrag der Konrad-Adenauer-Stiftung hat TNS Emnid eine Umfrage zum Thema Demokratie und demografischer Wandel durchgeführt.

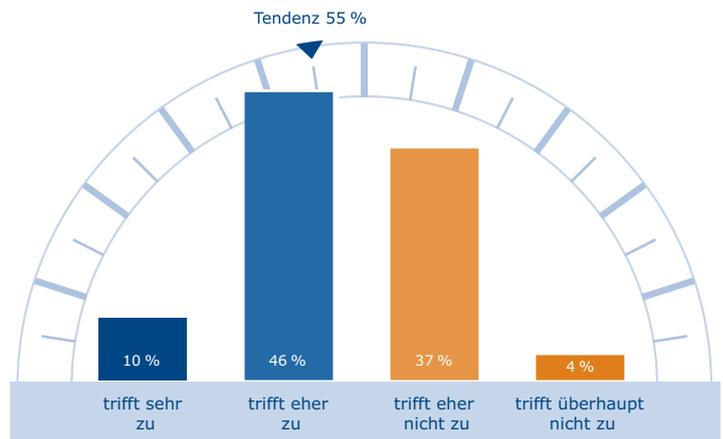
Die Umfrage zeigt: Die meisten Menschen haben eine bestimmte Vorstellung vom demografischen Wandel, aber die gesellschaftlichen Veränderungen infolge des demografischen Wandels stehen bislang nur wenig im Blickpunkt der Öffentlichkeit.

Bei der Umfrage wurden 1009 Personen zu folgenden fünf Themen befragt:

1. Die Politiker werden ihre Politik insbesondere an den Bedürfnissen älterer Menschen ausrichten.



2. Es werden sich mehr Menschen im Rentenalter ehrenamtlich engagieren.

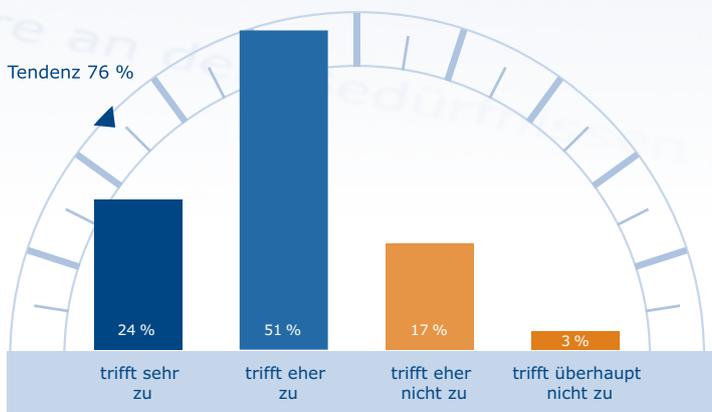


Repräsentative Umfrage: Telefonumfrage des Institut TSN Emnid im Auftrag der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

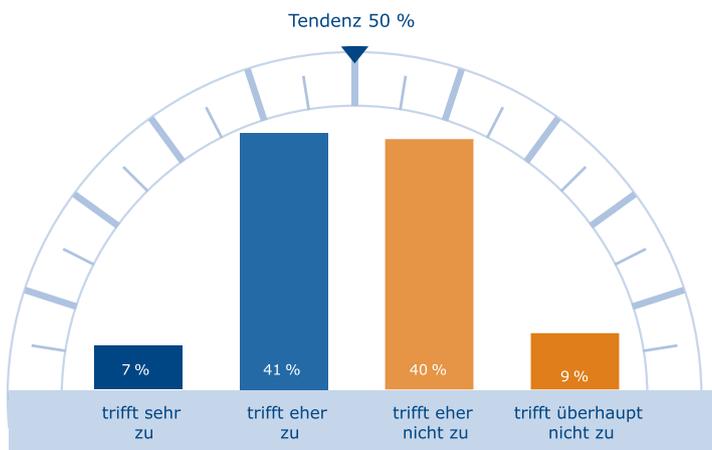
Befragt wurden 1009 Personen zwischen 14 und 70+, davon 49 % männlich und 51 % weiblich. (Stand 2014)

gress 2014 – Busumfrage
 ografische Wandel... schland

3. Es wird mehr Einwanderung von Arbeitnehmern nach Deutschland geben, die die Gesellschaft vielfältiger macht, z.B. unterschiedliche Religionen, Kulturen, Vorstellung vom politischen System. Das wird Auswirkungen auf das Verständnis von Demokratie haben.



4. Der demografische Wandel wird dazu führen, dass die Gesellschaft weniger kreativ auf neue politische Herausforderungen reagieren wird.



5. Welche Auswirkungen hat der demografische Wandel auf Deutschland?

- weiß nicht, keine Angabe 37 %
- Auswirkungen auf Renten, Sozialleistungen, Altersvorsorge 11 %
- Wachsender Anteil der älteren Bevölkerung 10 %
- wenig / keine Auswirkungen 9 %
- allgemein negative Auswirkungen 8 %
- Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt 7 %
- Auswirkungen auf Staat / Politik 7 %
- Wirtschaftliche / finanzielle Probleme 5 %
- allgemein positive Auswirkungen 4 %
- zunehmende (finanzielle) Belastung der jungen Generation 4 %
- zunehmender Bedarf an Pflegeheimen, Pflegekräften 4 %
- Wachsender Anteil an Ausländern in Deutschland 3 %
- Zu wenig Nachwuchs / immer weniger Kinder 3 %
- Abwanderung / Rückgang der Bevölkerung 3 %
- Begriff "demografischer Wandel" unbekannt 3 %
- Veränderungen / Konflikte in der Gesellschaft 3 %
- Sonstiges 2 %
- Zunehmende Armut 2 %
- Mehr Zuwanderung 2 %
- allgemeine Auswirkungen, neutral formuliert 2 %
- Integrationsprobleme 1 %
- Auswirkungen auf Bildung / Ausbildung 1 %



FAKTENCHECK

PROF. DR. TILMAN MAYER

Präsident Deutsche Gesellschaft für Demographie e.V., Institut für Politische Wissenschaft und Soziologie, Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn



„Wir sehen, dass zwischen 2020 und 2040 eine Steilphase der Alterung beginnt. Das nenne ich, um mich ein bisschen salopp auszudrücken, einen Alterungstsunami, der auf uns zuschwappt.“

Prof. Dr. Tilman Mayer

„Die Demografiestrategie der Bundesregierung ist sehr zu begrüßen, dass man den demografischen Wandel ernst nimmt und daraus Folgerungen zieht.“

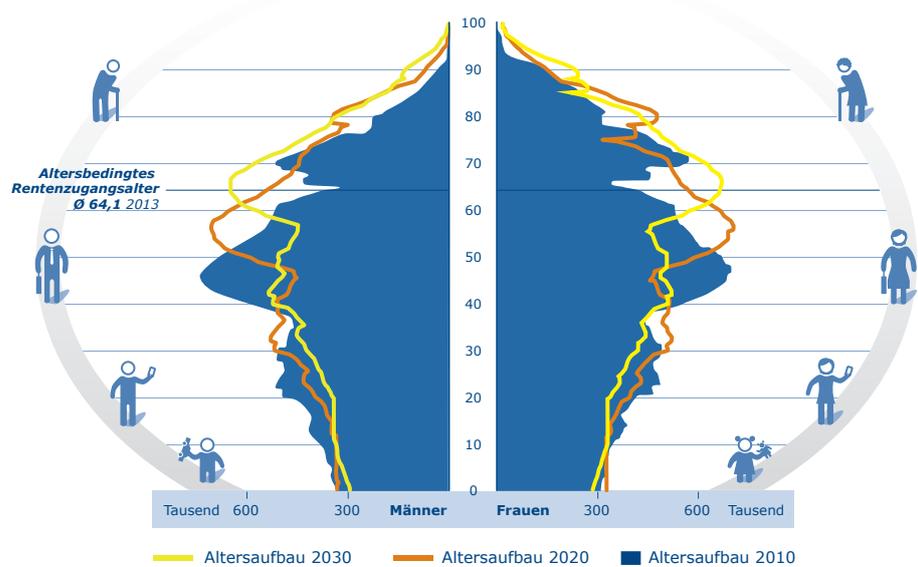
Prof. Dr. Tilman Mayer

DIE ALTERUNGSWELLE: WAS UNS 2030 ERWARTET

Laut Professor Dr. Tilman Mayer ist nicht vorauszusagen, was im Jahre 2030 geschieht. Demografisch gesehen jedoch sei das Jahr 2030 nicht weit weg.

Der Bevölkerungsanteil der über 65-Jährigen werde mit einer Steigerung von 20% auf 29% deutlich anwachsen. Dieser Anstieg werde begleitet von einer Schrumpfung der Erwerbstätigenstruktur. Auch der Jugendanteil werde rapide abnehmen.

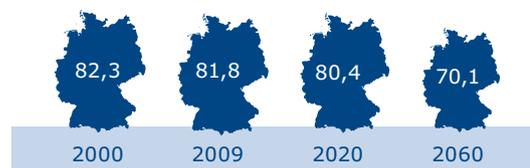
ALTERSPYRAMIDE



Die Zunahme finde im Bereich der über 65-Jährigen statt, so Mayer. Er ergänzt, es sei eine uns bevorstehende Herausforderung, dass insbesondere die Zahl der über 80-jährigen Menschen weiter ansteigen werde.

BEVÖLKERUNGSENTWICKLUNG

Gesamtbevölkerung in Mio.



„Ich glaube, und auch aus anderen Befragungen kann man das ersehen, dass eine Art Generationenkonflikt nicht auf uns zukommt. Dagegen dürfte kommen – und das ist durchaus für unsere Demokratie wichtig wahrzunehmen – ein Verteilungskonflikt: Beitragssteigerung in der Alterssicherung oder Senkung der Rentenhöhe.“

Prof. Dr. Tilman Mayer

Der Anteil der Wahlberechtigten, die 50 Jahre und älter sind, ist zwischen 1990 und 2013 von 40% auf 54% gestiegen. Auffällig sei laut Professor Mayer, dass die Jüngeren, deren Anzahl ohnehin sinke, seltener, die Älteren dafür umso häufiger von ihrem Wahlrecht Gebrauch machten. Der demografische Trend verstärkte sich also durch das Wahlverhalten der Generationen.

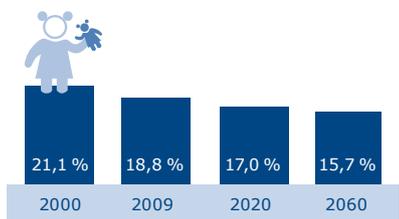
Engagement sei gerade angesichts des demografischen Wandels für die Demokratie und den Zusammenhalt unserer Gesellschaft besonders wichtig. Man erkenne, dass im Alter zwischen 35 und 55 Jahren das Engagement am stärksten zu sein scheine, aber auch bei den Älteren, den 60- bis 70 Jährigen das Engagement deutlich zunehme.

Sie finden den gesamten Vortrag mit Folien von Prof. Dr. Tilman Mayer als Text und Audiomittschnitt unter: www.kas.de/DeKo14_Berichterstattung

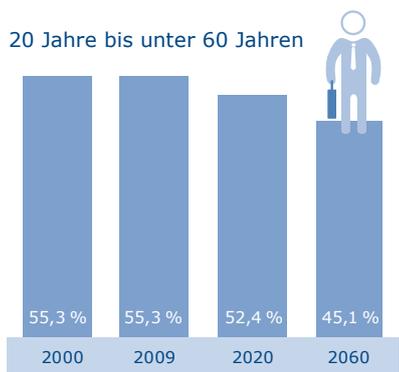
Alle Infografiken unter www.kas-demokratiekongress.de

ALTERSSTRUKTUR

Unter 20 Jahre



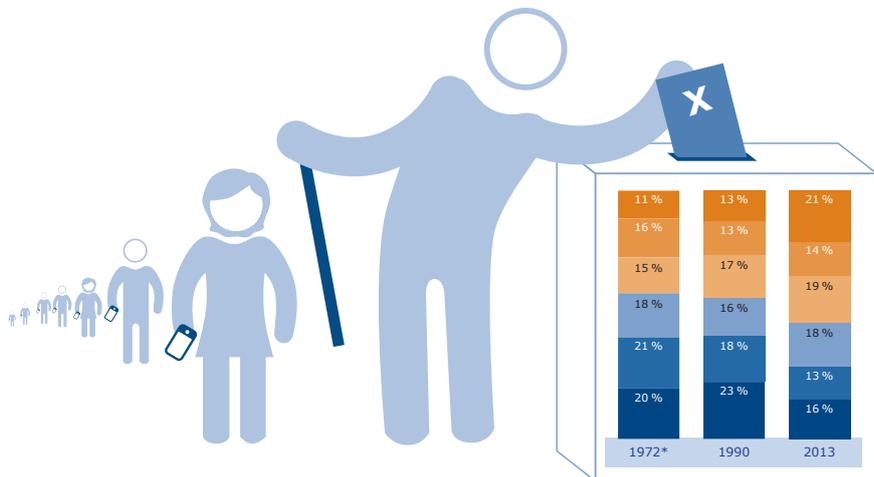
20 Jahre bis unter 60 Jahren



60 Jahre und älter



WAHLBERECHTIGUNG BEI BUNDESTAGSWAHLEN NACH ALTERSGRUPPE



Wahlberechtigte nach Altersgruppen

- über 70
- 60 bis 69
- 50 bis 59
- 40 bis 49
- 30 bis 39
- unter 30

* früheres Bundesgebiet ohne Westberlin

VORTRAG

UND ANSCHLIESENDE
DISKUSSION

DR. THOMAS DE MAIZIÈRE MDB

Bundesminister des Inneren



Konrad
Adenauer
Stiftung

„Wenn sich also die jüngere Generation über die Demografie, Rentenentscheidungen und ähnliches empört, dann sollte sie eigentlich mehr zur Wahl gehen.“

Dr. Thomas de Maizière MdB

SCHRUMPT DIE DEMOKRATIE?

WIE DER DEMOGRAFISCHE WANDEL UNSERE ZUKUNFT VERÄNDERT

Altbundespräsident Roman Herzog prägte den Begriff von der „Rentnerrepublik“. Ifo-Chef Hans-Werner Sinn warnte vor einer „Diktatur der Alten“. Und in der Online-Ausgabe der Welt konnte man von einer „Raffgierherrschaft der Alten“ lesen. Wenn Bundesinnenminister Dr. Thomas de Maizière diese Rhetorik betrachtet, mit der ein möglicher Generationenkonflikt herbeigeredet werde, empfindet er einiges davon als taktlos, anderes als grenzwertig und vieles als übertrieben. Es sei gut, so de Maizière, heute über dieses Thema ins Gespräch zu kommen, nicht nur mit Blick auf die Rente, sondern auch mit Blick auf die Demokratie. In seiner Rede beleuchtete er das Thema unter drei Gesichtspunkten: politische Mehrheiten, politische Parteien und digitale Medien.

DIE POLITISCHEN MEHRHEITEN

Insbesondere zwei Faktoren, so de Maizière, beeinflussen die politische Einstellung eines Menschen:

Erstens: Der sogenannte Kohorteneffekt. Die politische Sozialisation wird geprägt durch das Elternhaus, den Freundeskreis und das soziale Umfeld. Oft werden im Alter zwischen 15 und 30 die Weichen für politische Präferenzen gestellt, die man bis ins hohe Alter behält.

Zweitens: Das eigene Interesse, der Self-Interest-Ansatz. Neben diesen ganz persönlichen Interessen prägen auch die Interessen des eigenen Umfelds. Ein 70-Jähriger mit Enkelkindern könnte sich daher ebenso für Kindergartenplätze oder Schulpolitik interessieren wie ein 30-Jähriger. Denn entscheidend sei, welche Fragen im eigenen Leben eine Rolle spielten.

Er ging der Frage nach, an welcher Stelle das Alter zu einem entscheidenden Faktor in der Demokratie würde. Seine Antwort lautete: Hauptsächlich, wenn es um die Einstellung zum Wählen selbst geht. Die politischen Mehrheiten in einer alternden Gesellschaft seien nicht nur von der abstrakten zahlenmäßigen Überlegenheit der Älteren geprägt, sondern erstens von der Anzahl an Senioren mit eigenen Kindern und Enkelkindern und zweitens von der Wahlbeteiligung der Jüngeren.

„Warten Sie nicht darauf als junge Generation, dass die ältere sich ändert, bis Sie etwas erreichen. Das wird nicht geschehen.“

Dr. Thomas de Maizière MdB



DIE POLITISCHEN PARTEIEN

Ältere Wähler gäben nicht nur überproportional häufig ihre Stimme ab, sondern auch überproportional häufig für die CDU/CSU, während jüngere Wähler die Grünen oder die SPD präferierten. Das führe einige zu der Vermutung, dass die Union der politische Profiteur der älteren Gesellschaft sein werde. Ein Blick zurück zeige, dass dies nicht notwendigerweise so sein müsse. Die Ursache hierfür läge nach Ansicht einiger Beobachter und Gesellschaftsforscher nicht an einem in den vergangenen Jahren plötzlich einsetzenden Konservatismus der Älteren, sondern an der frühen politischen Sozialisation vieler heutiger Senioren zur Zeit Konrad Adenauers.

Es lasse sich bereits heute beobachten, dass auch die traditionellen Wählergruppen der Parteien stärker in Bewegung kämen. Hierauf sollte man sich weiterhin einstellen. Mehr als die Hälfte der CDU- und der SPD-Mitglieder seien über 60 Jahre alt.

Schaue man genauer hin, so de Maizière, zeige sich, dass junge Menschen sich heute nicht gravierend weniger für Politik interessierten als vor 30 Jahren, nur die Formen des Umgangs hätten sich gewandelt. Politische Nachrichten erhalte man heute in dieser Altersgruppe nicht mehr von Claus Kleber und Gundula Gause, sondern von einem Freund, der einen Link zu Spiegel-Online, einem Bild oder YouTube-Video teilt, und zwar rund um die Uhr.

Laut de Maizière werde die große Herausforderung für Parteien weniger die Anpassung ihrer politischen Inhalte an die demografische Entwicklung sein, als vielmehr die Anpassung der eigenen Kommunikationskanäle an die Bedürfnisse der Bevölkerung und insbesondere die der Jüngeren.

DIE DIGITALEN MEDIEN

De Maizière stellte außerdem die Frage, wie die Verfügbarkeit von Verwaltung und Teilhabe an demokratischen Prozessen auch in den Teilen Deutschlands möglich sein könne, die unter einer starken Abwanderung jüngerer Menschen litten. Dort, wo der Altersdurchschnitt hoch und die Mobilität eingeschränkt sei. Wo der Besuch des kommunalen Bürgeramts oder des städtischen Parlaments einen Tagesausflug darstellte und deren Öffnungszeiten sich nicht mit den örtlichen Busfahrplänen vertrügen.

Hier für Abhilfe zu sorgen, gehöre seiner Meinung nach zu einer funktionierenden Demokratie. Die Digitalisierung biete große Chancen für die elektronische Verwaltung und auch die Demokratie könne von der Nutzung digitaler Instrumente profitieren. Solche Fragen bestimmten grundsätzlich die Qualität des Lebens im ländlichen Raum.

Sie finden den gesamten Vortrag von Dr. Thomas de Maizière MdB als Text und Audiomittschnitt unter: www.kas.de/DeKo14_Berichterstattung

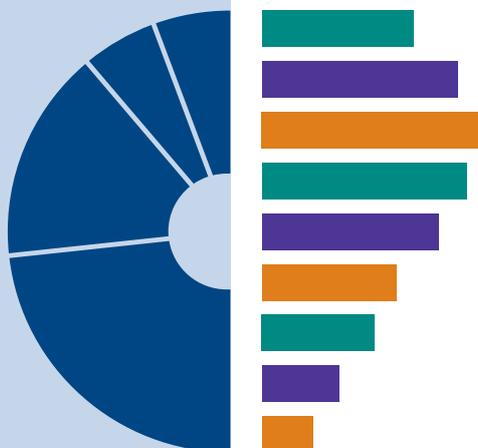
TED-BEFRAGUNG

MEINUNGEN KÖNNEN SICH ÄNDERN



Während des Demokratie-Kongresses waren nicht nur die Referenten aufgefordert zu diskutieren, auch die Teilnehmer konnten sich an vielen Stellen beteiligen: in Diskussionsrunden, der Nachspielzeit und bei drei elektronischen TED-Abstimmungen.

Zu drei Zeitpunkten – zu Beginn des Kongresses, kurz vor dem Mittagessen und am Nachmittag – waren die Teilnehmer aufgefordert, mithilfe eines Abfragegerätes ihre Meinung zum Thema Demografie und Demokratie zu äußern. Die Ergebnisse wurden sofort auf die großen Präsentationsleinwände gespielt, so dass die Referenten direkt Bezug auf die Stimmung im Publikum nehmen konnten. Die Umfrageergebnisse zeigen, dass sich die Diskussionen zum Thema positiv auf die Meinungen der Teilnehmer zum Einfluss des demografischen Wandels auf die Demokratie auswirken. In der dritten Runde sehen die Teilnehmer die Situation wieder etwas kritischer, hier ist anzumerken, dass viele Teilnehmer erst am Nachmittag dazugestoßen sind.



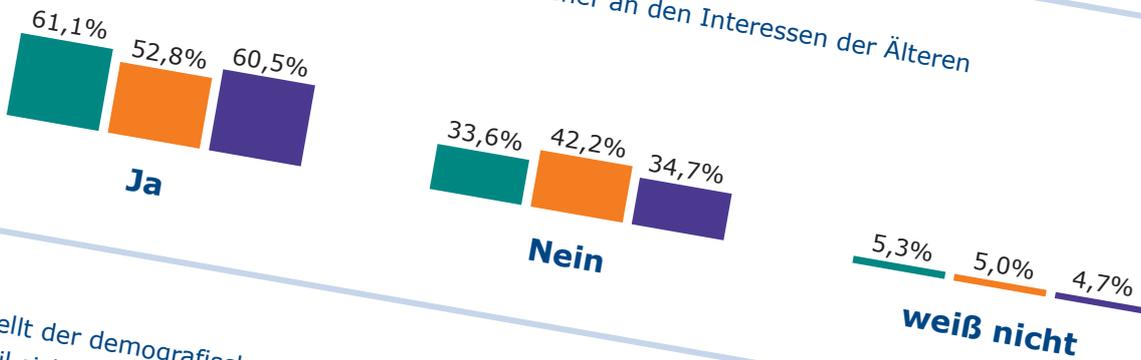
Die Ergebnisse der TED-Umfrage stehen auch online zur Verfügung:
www.kas.de/DeKo14_Berichterstattung

ERGEBNISSE DER DREI TED-UMFRAGE-RUNDEN

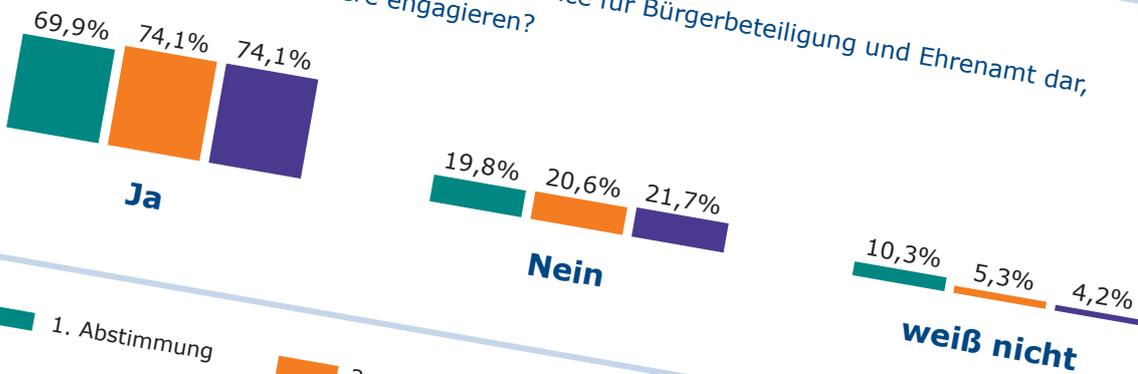
Stellt der demografische Wandel eher eine Chance oder eher eine Gefahr für die Demokratie dar?



Werden die Politiker zukünftig ihre Politik eher an den Interessen der Älteren ausrichten?



Stellt der demografische Wandel eine Chance für Bürgerbeteiligung und Ehrenamt dar, weil sich immer mehr Ältere engagieren?





Schrumpft die
DEMOKRATIE?
POLITIK

FORUM I

WER WIRD DIE MACHT HABEN?

POLITIK IM DEMOGRAFISCHEN WANDEL



„Viel entscheidender als die Frage des Wahlalters ist es, die Leute zu motivieren, wählen zu gehen. Wir haben heute Morgen die Grafik gesehen: Wir Jungen machen es uns nicht schwer, weil wir so wenige sind, wir machen es uns extra schwer, weil wir gar nicht erst wählen gehen. Die Frage, die sich Parteien eigentlich stellen müssten, ist: Wie schaffe ich es, dass der 18-Jährige zur Wahl geht.“

Patrick Jäger



Im Forum „Demografie und Politik“, moderiert von Daniel Schranz, ging es unter anderem um die Themen demografisches Übergewicht der Älteren gegenüber den Jüngeren, die Auswirkungen auf die politische Willensbildung, Zuwanderung und Partizipation sowie um sterbende Orte und Landflucht.

Für **Matthias Jung** stellt sich die Frage, wie sich eine demografische Verschiebung im Altersdurchschnitt auf das Wahlverhalten auswirkt. Innenminister Thomas de Maizière hatte am Morgen in seiner Rede die Theorie aufgestellt, wonach eine Generation dem politischen Muster entsprechend wählt, nachdem sie in der Jugend geprägt worden ist. Dem stellte Jung entgegen, dass jede Wahl ein offener Prozess sei, in dem die Karten neu gemischt werden. Volksparteien wie die CDU könnten nicht auf Prägemuster hoffen, sondern bräuchten ständige Erneuerung.

Eine ähnliche Differenzierung nahm **Laura Konzelmann** vor, die an der Universität Mannheim ein Forschungsprojekt zu der Frage durchführt. Die „Bananentheorie“ (ähnlich wie die Banane ihre Farbe im Laufe ihrer Reife von Grün zu Schwarz verändert, änderten Menschen im Laufe ihres Lebens ihre politischen Überzeugungen) und die „Sozialisations-(Kohorten-)theorie“ greifen ihrer Meinung nach gleichermaßen und in einem nicht prognostizierbaren Verhältnis. Allerdings könnten beide Faktoren zusätzlich durch die aktuelle Politik überlagert werden. Beide Forscher waren sich einig, dass nicht einfach zwischen den Interessen der Jüngeren und denen der Älteren unterschieden werden könne. Denn Jüngere interessierten sich ebenso für die Zukunft der Rente wie Ältere sich für Fragen der Kinderbetreuung interessierten. Dies sei auch der Grund dafür, dass keine „Generationenparteien“ entstehen würden.

Ein Experiment in Sachen Politikwandel durch demografischen Wandel konnte **Jörg Siegmund** von der Akademie für Politische Bildung in Tutzing vorstellen. In einem politischen Planspiel stellte die Akademie zwei Parlamente authentisch zusammen. Das eine nach der Bevölkerungsstruktur von 2013, das andere nach der Bevölkerungsstruktur von 2050. Die Diskussionen und fiktiven Entscheidungen wurden im Anschluss verglichen. Ergebnis war, dass sich keine gravierenden Unterschiede zwischen beiden Parla-



menten zeigten. Es gab zum einen Themen, die alle Generationen gleichermaßen betrafen, zum anderen bestand eine strukturell größere Durchsetzungsfähigkeit und Initiativkraft der Jüngeren, wodurch das Übergewicht der älteren Generation ausgeglichen werden könne.

Mit der Rolle von Zuwanderung und einer zunehmenden Bedeutung von Migranten bei politischen Entscheidungen setzte sich die erste muslimische CDU-Abgeordnete im Deutschen Bundestag, **Cemile Giousouf**, auseinander. Deutschland sei nach den USA das zweitbeliebteste Zuwanderungsland. Es kämen immer mehr Menschen, die hier ihre Zukunft sähen, was auch an dem liberalen Zuwanderungsrecht liege. Deutschland übernehme außerdem sehr viel Verantwortung bei der Aufnahme von Flüchtlingen. Darunter auch viele, die gut ausgebildet seien. Dies werde sich mittel- und langfristig auf die deutsche Gesellschaft positiv auswirken. Eine „türkische“ Partei im Bundestag kann sich Giousouf nicht vorstellen. Eine spezielle Migrantenpartei habe auf absehbare Zeit keine Chance. Stattdessen müssten sich bestehende Parteien weiter öffnen und ihre Kommunikation verbessern.

Professor Werner Patzelt, Politikwissenschaftler aus Dresden, betrachtete Zuwanderung aus der Perspektive der deutschen Selbstwahrnehmung. Eine „ich-schwache“ Gesellschaft wie die deutsche, hätte Schwierigkeiten, anderen zu empfehlen, nach Deutschland zu kommen oder deutscher Staatsbürger zu werden. Das ändere sich gerade. Allmählich verstehe man, dass nicht nur wir etwas durch Zuwanderung gewinnen, sondern auch die Zuwanderer,

die nach Deutschland kommen. Dies entspanne das Verhältnis zwischen Zuwanderern und Einheimischen. Cemile Giousouf forderte von den Zuwanderern einen deutschen Patriotismus. Den Einwand, zu große Zuwanderung mindere eher den (neuen) Patriotismus (Beispiel: Hispanics in den USA), ließ sie nicht gelten.

Zuwanderung alleine werde das demografische Defizit nicht ausgleichen. Um eine weitere „Unterjüngung“ zu bremsen, schlug Patzelt das Elternwahlrecht vor: Arbeitszeitregelungen, das Steuerrecht und die Rentengesetzgebung hätten sich nicht als wirksam erwiesen. Wenn aber Eltern für ihre nicht wahlberechtigten Kinder ein Wahlrecht ausüben könnten, würde das den Anreiz für Parteien erhöhen, für diese Zielgruppe familienfreundliche Programme zu entwickeln.

Patrick Jäger, Jurastudent und Mitglied des Jugendbeirates der KAS, forderte mehr positive Bilder zum demografischen Wandel und äußerte sich skeptisch zum Familienwahlrecht. Bei Patchworkfamilien und Trennungen werde es kompliziert. Patzelt hielt dagegen, dass die Entscheidung, wer im Falle einer Scheidung für die Kinder wählt, eine Verfahrensfrage sei. Elternwahlrecht sei ein „Shift of Power“, eine Neuverteilung der Macht in der „unterjüngten“ Demokratie. Hinzukommen müsse ein Familien- statt eines Ehegattensplittings.

Die Diskussionen und Beiträge sind in einer Mindmap zusammengefasst: www.kas.de/DeKo14_Forum1 Dort finden Sie auch weitere Informationen zu unseren Referenten.



Schrumpft die
DEMOKRATIE?
GESELLSCHAFT

FORUM II

WIE ENGAGIEREN WIR UNS IN ZUKUNFT?

GESELLSCHAFT IM DEMOGRAFISCHEN WANDEL



**„Das Entscheidende ist die Motivation.
Wenn einmal die Motivation da ist, dann
bindet das auch.“**

Diana Kinnert

**„Wir reden viel darüber, was Politik tun kann.
Aber Wirtschaft kann auch viel tun.“**

Prof. Dr. Michael Vilain



Im zweiten Forum ging es um die Auswirkungen des demografischen Wandels auf das ehrenamtliche Engagement und die Gesellschaft, um die Verantwortung von Unternehmen und die Anforderungen, die junge Menschen an bestehende Strukturen stellen, um sich zu engagieren.

Diana Kinnert, Mitglied im Jugendbeirat der Konrad-Adenauer-Stiftung, forderte eine Enkeltauglichkeit der älteren Generation und meinte damit, dass nicht nur eine Generation für die Generationengerechtigkeit verantwortlich sei, sondern alle sich für Gemeinwohl und Gerechtigkeit gleichermaßen einsetzen müssten. Außerdem wünschte sie sich eine Willkommenskultur bei Parteien gerade für junge Menschen. Sie habe die Erfahrung gemacht, wie schwer es sei, in die bestehende Gruppe eines Ortsverbandes integriert zu werden. Außerdem passe die Arbeitsweise junger Menschen oft nicht zu den bestehenden Strukturen. Sie arbeiteten gerne digital und diskutierten zum Teil sehr kontrovers.

Die Unternehmerin und ehrenamtliche Bürgermeisterin von Bad Godesberg, **Simone Stein-Lücke**, forderte neben einer Willkommenskultur auch eine Professionalisierung des Ehrenamtes. Es müsse beispielsweise eine Homepage geben, auf der man sich über den Verein informieren und per E-Mail Kontakt aufnehmen könne. Wichtig sei außerdem, dass den Menschen, die sich engagieren möchten, gezeigt werde, wie das Amt funktioniert. Sie könnten nicht einfach als Schriftführer „verhaftet“ und dann ihrem Schicksal überlassen werden. Im Bereich Verantwortung der Wirtschaft forderte sie dazu auf, dass Unternehmen, die sich engagieren, dies auch publik machten und so eine Vorbildfunktion übernehmen.

Tina Weber, Leiterin der Geschäftsstelle Unternehmen für die Region e.V., regte an, Menschen, die ihre Zeit und Hilfe anbieten möchten, konkret aufzuzeigen, wo sie sich sinnvoll engagieren könnten. Auch sie forderte sichtbare, gute Vorbilder, z. B. einen Chef, der sich engagiere und so seine Mitarbeiter ebenfalls zu Engagement motiviere. Natürlich ginge es auch um Rahmenbedingungen, aber Unternehmen die ihren Mitarbeitern Zeit für Engagement einräumten, könnten auch für Nachwuchs attraktiver sein.



„Ich würde mir wünschen, dass das Ehrenamt generell stärker honoriert wird; z. B. durch Entlastungen im Bereich des Steuerrechts.“

Sven Volmering MdB



Eren Güvercin, Autor und Journalist aus Köln, wies zu Beginn darauf hin, dass der Begriff „Migrationshintergrund“ künstlich aufrechterhalten werde. Seine Generation und die Generation danach fühlten sich klar in Deutschland verortet und hier heimisch. Sie hätten das Migrantendasein überwunden. Er berichtete weiter von der Tradition des ehrenamtlichen Engagements im Islam. Auch bei Gastarbeitern sei ehrenamtliches Engagement sehr ausgeprägt gewesen. Sie bauten die sogenannten Hinterhofmoscheen auf und engagierten sich im religiösen Bereich. Heute werde in Deutschland die Moschee vor allem als Gebetsort verstanden, eigentlich sei sie aber mehr als sozialer Raum zu verstehen, an den karitative Einrichtungen, Stiftungen etc. angeschlossen seien, die Leistungen für die Gesellschaft zur Verfügung stellten. Güvercin forderte insbesondere junge Muslime dazu auf, diese Rolle der Moscheen stärker zu beleben und sich in diesem Bereich zu engagieren.

Sven Volmering MdB, Oberstudienrat und Politikwissenschaftler, wußte aus seiner Erfahrung als Lehrer zu berichten, dass bei jungen Menschen durchaus Interesse für Politik und Engagement bestünde. Allerdings müssten in der Schule Projekte angestoßen werden, die dies stärker förderten. Außerdem forderte er von Parteien eine stärkere Bereitschaft, Angebote an junge Menschen zu machen, die zu deren Erfahrungen und Kompetenzen passten, um ihnen so zu signalisieren, dass sie wirklich an ihnen interessiert seien. Es müsste auch akzeptiert werden, dass junge Leute nicht bei jeder Sitzung und Veranstaltung anwesend sein könnten, beispielsweise wenn sie im Studium eingebunden seien. Gleichzeitig mahnte er die junge

Generation, dass das Merkmal „jung“ allein nicht ausreichend sei, um für Parteien und Vereine attraktiv zu sein. Es müsse auch Lernbereitschaft vorhanden sein.

Prof. Dr. Michael Vilain, Direktor des Instituts für Zukunftsfragen der Gesundheits- und Sozialwirtschaft, war in puncto Engagement optimistisch. Der Freiwilligensurvey der Bundesregierung zeige, dass insbesondere ältere Menschen sehr engagiert seien und es hier hohe Wachstumsraten gebe. Es komme eine Generation in die Vereine und Verbände, die im Wohlstand großgeworden sei, abgesichert in die Rente eintrete und zugleich eine hohe Bereitschaft zum Engagement mitbrächte. So würde der demografische Wandel kurzfristig sogar zu mehr Engagement führen. Etwas anders sähe es bei der jüngeren Generation aus. Bei rückläufiger Gesamtzahl nehme gleichzeitig auch die Engagementsquote leicht ab. Es stimme allerdings nicht, dass diese Gruppe sich nicht für Politik oder ehrenamtliches Engagement interessiere. Stattdessen änderten sich die Formen des Engagements radikal. So beteiligten sich junge Menschen häufig auch online an Initiativen, die sie allerdings nicht als Engagement definierten. Wichtig sei jungen Menschen vor allem eine Werteorientierung. Sie suchten nach Kooperationsperspektiven, Gemeinschaft und Solidarität, und nicht unbedingt nach Konkurrenzsituationen, wie sie in Parteien häufig anzutreffen seien.

Die Diskussionen und Beiträge sind in einer Mindmap zusammengefasst: www.kas.de/DeKo14_Forum2 Dort finden Sie auch weitere Informationen zu unseren Referenten.



Schrumpft die
DEMOKRATIE?
POLITISCHE BILDUNG

FORUM III

WIE WERDEN WIR DEMOKRATEN DER ZUKUNFT?

POLITISCHE BILDUNG IM DEMOGRAFISCHEN WANDEL



„Mit dem demografischen Wandel wird jeder einzelne von uns kostbarer, nicht nur für den Arbeitsmarkt, auch für die Demokratie.“

Professor Dr. Sybille Reinhardt

Im dritten Forum standen die Voraussetzungen für eine wirkungsvolle Politische Bildung im Mittelpunkt der Diskussion. Einig waren sich die Podiumsteilnehmer darin, dass die Zugänge zur Politischen Bildung analog zur immer bunter werdenden Gesellschaft vielfältiger werden müssten. Die Diskussion konzentrierte sich im Laufe des Forums besonders auf den schulischen Raum, seine Rahmenbedingungen und die Rolle der Pädagogen. Insbesondere die junge Generation müsse laut der Referenten als Zielgruppe der Politischen Bildung stärker in den Fokus genommen werden.

Luisa Meisel, Mitglied des Jugendbeirates der Konrad-Adenauer-Stiftung, appellierte an die Politischen Bildner, ihre Angebote „spannender“ zu gestalten. Beispielsweise durch eine geschicktere Auswahl von Podiumsteilnehmern und Veranstaltungsorten. Kontroverse Diskussionen, die zum Nachdenken anregten, lockten junge Menschen an. Die Hemmschwelle, eine Kneipe aufzusuchen, sei außerdem deutlich niedriger als den Bankettsaal eines großen Hotels zu betreten. Demokratie und Politische Bildung müssten erfahrbar gemacht werden, durch praktische Aktionen oder konkrete Kontakte zu betroffenen Personen. Gleichzeitig warb sie für mehr Vorbilder, z. B. bei Lehrern, die ihre Schüler für Politik begeistern könnten.

Lothar Frick, Direktor der Landeszentrale für politische Bildung in Baden-Württemberg, forderte, Anknüpfungspunkte für Politische Bildung so früh wie möglich in der Biografie von Jugendlichen zu suchen. Seiner Meinung nach entwickle sich politisches Interesse durch ein Elternhaus, in dem über Politik diskutiert werde, oder in Schulen und Bildungseinrichtungen. Gleichzeitig sei in den letzten Jahren die Quantität des Politikunterrichts aber deutlich zurückgegangen. Im Unterschied zur älteren Generation, die politisch interessiert und gut informiert sei, stellte er unter Jugendlichen erhebliche Defizite im Bereich politischer Erfahrungen und Kenntnisse fest. Deshalb sei für ihn die Konzentration auf das junge Publikum entscheidend. Gleichzeitig warnte er davor, junge Leute als an Politik desinteressiert wahrzunehmen. Vielmehr interessierten sie sich für gesellschaftlich relevante Fragen wie Menschenrechte, Gerechtigkeit oder Umweltschutz, was gute Anknüpfungspunkte böte.



„Ich habe keine Angst vor der Altendiktatur. Ich glaube auch nicht, dass sie kommt. Ältere Menschen sind in der Regel von sehr hohen Wertvorstellungen geleitet. Sollte sich eine solche aber doch abzeichnen, werden wir sehr schnell sehen, dass die junge Generation rasch in der Lage sein wird, ihre politischen Interessen auch institutionell zu organisieren.“

Lothar Frick



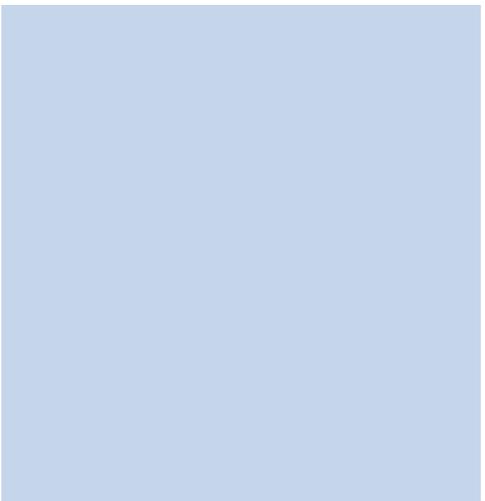
Jürgen Clausius, Projektleiter „Weiterbildung begleitet den demografischen Wandel“ und Leiter der Karl-Arnold-Stiftung, stellte in seinem Statement den Zusammenhang von Demokratie und Demografie in den Mittelpunkt. Er forderte die Politische Bildung dazu auf, Räume für die Kommunikation zwischen den Generationen zu schaffen und die intergenerationelle Sprachfähigkeit zu erhalten. Der demografische Wandel sein ein Thema der gesamten Weiterbildung und der Zukunftsfähigkeit der Demokratie.

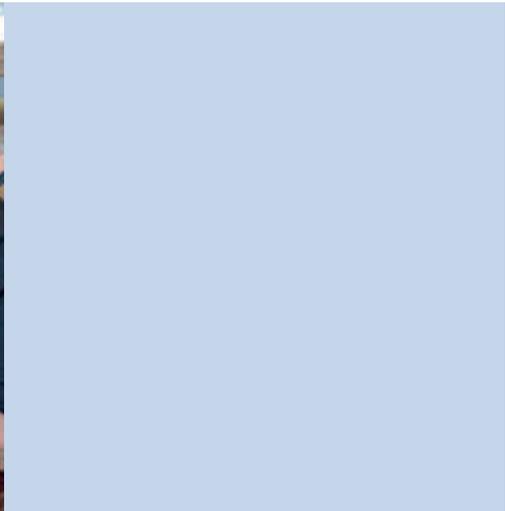
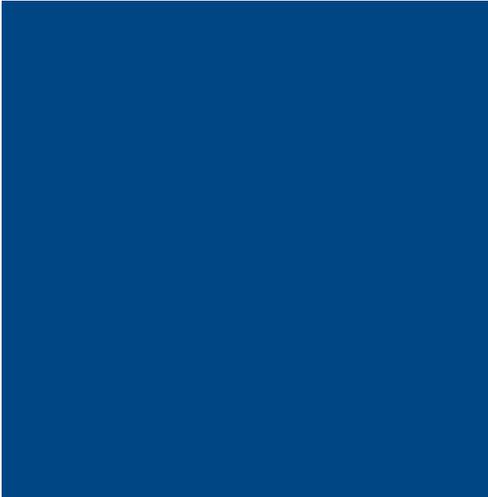
Professor Dr. Sybille Reinhardt, Politikwissenschaftlerin, Didaktikerin und stellv. Bundesvorsitzende der Deutschen Vereinigung für Politische Bildung, beklagte, dass junge Leute zwar die Demokratie befürworteten, sie aber als harmonische „Schmuse-Ecke“ missverstanden. Sie suchten zu sehr nach Harmonie, Kooperation und Kompromissen, auch wenn kontroverse Konflikte notwendig seien, um gute Lösungen zu finden. Sie forderte deshalb, den Umgang mit Konflikten einzuüben und Demokratie erfahrbar zu machen, z. B. über Juniorwahlen in Schulen. Auch gab sie zu bedenken, nicht nur historische Zeitzeugen in den Unterricht einzuladen, sondern auch aktuelle Zeitzeugen, also Stadträte und Politiker, die aus erster Hand über aktuelle Politik berichten könnten.

Markus Heidmeier, Mitbegründer der Medienagentur Kooperative Berlin forderte, dass Politische Bildung dorthin gehen müsse, wo es weh tue, d.h. in die Welt von SuperRTL und Facebook. Für ihn sei es wichtig, auch die Menschen zu erreichen, die kaum etwas mit Politik zu tun hätten und ihnen zu zeigen, dass ihre Beteiligung wichtig sei. In Bezug auf die Politische Bildung an Schulen gab er zu bedenken, dass begeisterter Unterricht häufig vom Lehrer abhängt. Gleichzeitig würden Gestaltungsspielräume für Lehrer kleiner und ihr Beruf dadurch unattraktiver. Dabei würden gerade dort die Besten benötigt.

Die Diskussionen und Beiträge sind in einer Mindmap zusammengefasst: www.kas.de/DeKo14_Forum3 Dort finden Sie auch weitere Informationen zu unseren Referenten.

IMPRESSIONEN





VORTRAG

UND ANSCHLIESENDE
DISKUSSION

ARMIN LASCHET MDL

Stellvertretender Bundesvorsitzender der CDU Deutschlands, Landes- und Fraktionsvorsitzender der CDU Nordrhein-Westfalens, Vorsitzender der CDU-Kommission „Zusammenhalt stärken – Zukunft der Bürgergesellschaft gestalten“

NEUE HERAUSFORDERUNGEN – NEUER KONSENS?

IMPULSE ZUM GESELLSCHAFTLICHEN ZUSAMMENHALT
IN UNSEREM LAND

Armin Laschet setzte sich in seiner Rede mit der Frage auseinander, welche heute die großen Herausforderungen seien, an die vor 25 Jahren noch niemand gedacht habe. Für ihn sei die erste große Herausforderung der demografische Wandel. Obwohl schon länger bekannt, sei er erst seit 10 oder 15 Jahren Teil der politischen Debatte, die anfangs noch unter Gesichtspunkten der sozialen Sicherungssysteme geführt wurde und heute eher mit Blick auf gesellschaftliche Fragen.

Die zweite große Herausforderung seien veränderte Sozial- und Familienstrukturen, die heute nicht mehr so seien wie in den 1950er und 1960er Jahren. Dennoch bliebe auch zukünftig die gesellschaftliche Aufgabe bestehen, das Grundprinzip einzuhalten, nämlich den gegenseitigen Zusammenhalt und das wechselseitige Entstehen von Jung und Alt.

Die dritte Herausforderung betreffe die internationale Perspektive: Was verändert sich international? In welchem Wettbewerb stehen wir mit unseren Arbeitsplätzen? In welchen neuen Bedrohungskonstellationen befinden wir uns auf internationaler Ebene? Diese Fragen würden unsere Gesellschaft unmittelbar beeinflussen.

DIGITALISIERUNG ALS HERAUSFORDERUNG

Als vierte Herausforderung nannte Laschet die Digitalisierung: Wie und in welchem rasanten Tempo verändert sich die Art der Kommunikation? Als der Bundestag 1999 zum letzten Mal in Bonn tagte, waren viele der Dinge, die wir heute wie selbstverständlich nutzen, noch gar nicht erfunden. Diese Veränderungen prägten heute ganz wesentlich die neue Generation. Digitalisierung sei vor zwei, drei Jahren in der politischen Diskussion noch ein Randthema gewesen. Heute werde sie im Alltag zunehmend präsenter, sei es durch die digitalisierte Wirtschaft, durch Maschinen, die miteinander kommunizierten oder durch Ideen, wie die von Google, in wenigen Jahren eigene Autos zu bauen oder ein Banksystem zu



„Ich unterschreibe heute täglich Hunderte von Urkunden für Menschen, die 40 oder 50 Jahre lang in der Partei sind, aber ich fürchte, mein Nachfolger wird in 40 Jahren nicht mehr so viele unterschreiben müssen. Denn heute treten gar nicht mehr so viele Leute in Parteien ein.“

Armin Laschet MdL



„Man kann nicht sagen, der Tee-Nachmittag in der Moschee für ältere türkische Bürger, die einst als Gastarbeiter kamen, sei Teil einer Parallelgesellschaft und der Kaffee-Nachmittag in der katholischen Pfarrgemeinde aber ehrenamtliches Engagement. Entweder – oder.“

Armin Laschet MdL



erfinden. Alle diese Entwicklungen seien nicht per se abzulehnen, vielmehr müsse darüber nachgedacht werden, wie sie zukünftig unsere Gesellschaft verändern würden, so Laschet.

Diese Herausforderungen ließen eigentlich erwarten, dass sie viele Menschen dazu motivierten, sich politisch zu engagieren. Die Parteien müssten schlicht überflutet sein von neuen Mitgliedern. Doch sei das Gegenteil der Fall. Den größten Boom in Sachen Parteieintritte verzeichneten die Parteien in den 1970er und 1980er Jahren.

Als fünfte Herausforderung formulierte Laschet die Themen Integration und Zuwanderung. Das politische Klima habe sich verändert, und es gehe heute nicht mehr um die Frage, ob Deutschland ein Einwanderungsland sei. Vielmehr bräuchten wir qualifizierte Zuwanderung. Laschet fragte außerdem: „Welche gesellschaftlichen Veränderungen bringt dies mit sich?“ Dies sei keine religiös motivierte Frage, sondern eine Frage von Menschen, die nicht in der Tradition dieser Republik oder dieses Landes aufgewachsen seien. Deutsch zu sein bedeute nicht nur einen Bezug zu Goethe und Beckenbauer zu haben, sondern auch zu Auschwitz und zum Holocaust.

WAS HEISST DAS FÜR DEN STAAT?

An der Idee, mit mehr Partizipation und mehr Bürgerentscheiden werde das Land besser und demokratischer, hatte Armin Laschet seine Zweifel. Dabei hält er Partizipation und Information für richtig. Aber „für ein Land wie unseres ist diese Abwägung innerhalb des parlamentarischen Prozesses richtig platziert.“ Wenn Wähler immer älter würden und sich Politik an ihren Interessen ausrichte mit der Perspektive: „Erleben wir das denn in zehn Jahren überhaupt noch“, brächte dies eine Gesellschaft nicht voran. Die Antworten auf die Fragen des demografischen Wandels seien deshalb im Rahmen der parlamentarischen Demokratie zu suchen, so Laschet. In einer repräsentativen Demokratie würden abgewogene und ausgeglichene Entscheidungen zwischen allen Interessen getroffen.

Den ganzen Vortrag von Armin Laschet MdL als Text und Audiomittschnitt finden Sie unter: www.kas.de/DeKo14_Berichterstattung

Wie alle großen Ereignisse hätte auch dieser Demokratie-Kongress nicht ohne die Arbeit vieler Unterstützer und Helfer stattfinden können. Daher möchten wir uns ganz herzlich bei allen bedanken, die zum Gelingen des Kongresses im Vorfeld sowie beim Kongress selbst vor und hinter den Kulissen beigetragen haben. Insbesondere danken wir

unseren Hauptrednern:

- Armin Laschet MdL, Stellv. Bundesvorsitzender der CDU Deutschlands, Landes- und Fraktionsvorsitzender der CDU Nordrhein-Westfalen, Vorsitzender der CDU-Kommission „Zusammenhalt stärken – Zukunft der Bürgergesellschaft gestalten“
- Dr. Thomas de Maizière MdB, Bundesminister des Inneren
- Prof. Dr. Tilman Mayer, Präsident Deutsche Gesellschaft für Demographie e.V., Institut für Politische Wissenschaft und Soziologie, Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn
- Silke Mittnacht, Stipendiatin der Konrad-Adenauer-Stiftung
- Dr. Hans-Gert Pöttering, Präsident des Europäischen Parlamentes a. D., Vorsitzender der Konrad-Adenauer-Stiftung

den Referenten und Experten:

- Jürgen Clausius, Projektleiter „Weiterbildung begleitet den demografischen Wandel“, Leiter der Karl-Arnold-Stiftung e.V.
- Lothar Frick, Direktor Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg
- Cemile Giousouf MdB, Mitglied im Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung, Integrationsbeauftragte der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag
- Eren Güvercin, Autor und Journalist
- Markus Heidmeier, Mitbegründer KOOPERATIVE BERLIN
- Patrick Jäger, Mitglied des Jugendbeirates der Konrad-Adenauer-Stiftung
- Matthias Jung, Geschäftsführer Forschungsgruppe Wahlen e.V., geschäftsführender Gesellschafter des Instituts für praxisorientierte Sozialforschung (i p o s)
- Diana Kinnert, Mitglied des Jugendbeirates der Konrad-Adenauer-Stiftung
- Laura Konzelmann, Forschungsprojekt „Auswirkungen des demografischen Wandels auf politische Einstellungen und politisches Verhalten in Deutschland“, Universität Mannheim
- Luisa Meisel, Mitglied des Jugendbeirates der Konrad-Adenauer-Stiftung
- Prof. Dr. Werner J. Patzelt, Institut für Politikwissenschaft, Lehrstuhl für Politische Systeme und Systemvergleich, Technische Universität Dresden
- Prof. Dr. Sibylle Reinhardt, Institut für Politikwissenschaft und Japanologie, Lehrstuhl für Didaktik der Sozialkunde (1994 – 2006), Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, Stellv. Bundesvorsitzender der Deutschen Vereinigung für Politische Bildung (DVPB)
- Jörg Siegmund, Projekt „Parlament der Generationen“, Akademie für Politische Bildung Tutzing
- Simone Stein-Lücke, Unternehmerin, Bürgermeisterin und Mitbegründerin Bonner Bürgerstiftung Rheinviertel
- Prof. Dr. Michael Vilain, Direktor des Instituts für Zukunftsfragen der Gesundheits- und Sozialwirtschaft (IZGS), Evangelische Hochschule Darmstadt

- Sven Volmering MdB, Mitglied des Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung, Oberstudienrat und Politikwissenschaftler
- Tina Weber, Leiterin der Geschäftsstelle Unternehmen für die Region e.V.

den Moderatoren:

- Maria Grunwald, Redakteurin, DW-TV (Deutsche Welle Fernsehen)
- Dr. Joachim Klose, Leiter Politisches Bildungsforum Sachsen, Konrad-Adenauer-Stiftung
- Daniel Schranz, Leiter NRW-Landesbüro und Regionalbüro Rheinland, Konrad-Adenauer-Stiftung

den Teilnehmern der beiden vorbereitenden

Expertengespräche:

- Dr. Matthias Belafi, verantwortlich für das Referat Gesellschaft und Soziales im Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz
- Dr. Daniel Dettling, Geschäftsführer, re:publik – Institut für Zukunftspolitik
- Anne von Fallois, Hauptstadtrepräsentantin Kienbaum Consultants
- Dieter Hackler, Leiter Abteilung 3 – Ältere Menschen, Wohlfahrtspflege, Engagementpolitik im Bundesministerium für Familie Senioren, Frauen und Jugend
- Christine Henry-Huthmacher, Koordinatorin für Bildungs-, Familien- und Frauenpolitik, Konrad-Adenauer-Stiftung
- Dr. Dietrich von Klaeden, Head of Public Affairs, Axel Springer AG
- Prof. Dr. Ursula Lehr, Erforschung und Gestaltung des Alterns, Bundesministerin a. D.
- Prof. Dr. Tilman Mayer, Präsident Deutsche Gesellschaft für Demographie e.V., Institut für Politische Wissenschaft und Soziologie, Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn
- Nathalie von Siemens, Geschäftsführender Vorstand/Sprecherin des Vorstands der Siemens Stiftung
- Stefanie Wahl, Geschäftsführung des Denkerwerks Zukunft – Stiftung kulturelle Erneuerung
- Yotrana Youkhana, Mitglied des Jugendbeirates der Konrad-Adenauer-Stiftung

den sonstigen Unterstützern und Mitarbeitern:

- Bildungsforen und Landesbüros der Konrad-Adenauer-Stiftung
- Druckerei Franz Paffenholz GmbH
- Fotograf Michael Scheppe
- Hauptabteilung Politische Bildung der Konrad-Adenauer-Stiftung
- Judith Uhlemann Grafik und Design für die Erstellung von Logo und Einladung
- Jugendbeirat der Konrad-Adenauer-Stiftung
- Online-Redaktion der Konrad-Adenauer-Stiftung
- pluusdesign GmbH für die Erstellung der Infografiken
- Rumprecht® Veranstaltungstechnik für die Durchführung der TED-Umfrage
- SWITSCH KommunikationsDesign für die Erstellung der Broschüre
- TNS Emnid für die Durchführung der repräsentativen Befragung
- World Conference Center Bonn

und unseren beiden Medienpartnern „Der Tagesspiegel“ und dem Jugendmagazin „SPIESSER“.

5. Demokratie-Kongress | 21.11.2014 | Bonn

WEITERE INFORMATIONEN ZUM THEMA

Die Sammlung vielfältiger Texte ausgewiesener Experten zum Thema Demografie und Demokratie, die im Tagesspiegel erschienen sind, wurden in einer Onlinepublikation veröffentlicht:

**Fachdiskussion Demografie & Demokratie.
Experten diskutieren über den Einfluss des
demografischen Wandels auf die Demokratie**
Handreichung zur Politischen Bildung Band 20

Ebenfalls interessant zum Thema Demografie ist die neu erschienene Publikation:

**Handlungsauftrag Demografie. Fakten –
Expertisen – Meinungen**
Handreichung zur Politischen Bildung Band 19

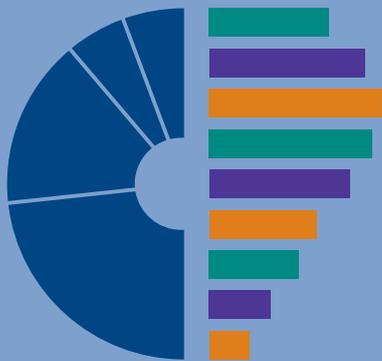
Der nächste Demokratie-Kongress „Demografischer Wandel und die Zukunft der Demokratie“ findet am **28. Oktober 2015** in Magdeburg statt.

Weitere Informationen zu den vergangenen, aktuellen und zukünftigen Kongressen finden Sie im Internet unter: **www.kas-demokratiekongress.de**



ClimatePartner^o
klimaneutral

Druck | ID 53323-1510-1002



Schrumpft die

DEMOKRATIE?

5. DEMOKRATIE-KONGRESS

www.kas-demokratiekongress.de

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.
Hauptabteilung Politische Bildung
Rathausallee 12
53757 Sankt Augustin

www.kas.de